

ALFONS DALMA
STEFAN TOMICIC
CHEFREDAKTEUR
DES ÖSTERREICHISCHEN RUNDFUNKS
RADIO & TELEVISION

Herrn
Prof. Hans Speier
187 Heatherstone Road
Amherst, Mass., 01002
U.S.A.

LUFTPOST

FUNKHAUS
A-1041 WIEN
ARGENTINIERSTRASSE 30A
TEL.: 65 95-306 (DURCHWAHL)

ORF ZENTRUM WIEN
1130 WIEN
ELISABETHALLEE
TEL.: 82 91-541 (DURCHWAHL)

21. September 1971

Lieber Hans,

Ihre Zeilen der Erinnerung haben mir eine große Freude gemacht. Auch für mich waren das Stunden der geistigen Abwechslung und des guten Freundschaftsgefühls. Hoffentlich kommen Sie wieder.

Ich habe die stille Hoffnung, daß ich doch einmal und nach langer Zeit in den States aufkreuzen werde. Es ist wirklich schon vier zu lange, daß ich nicht drüben war. Aber dann werde ich mich sicher melden.

Wenn mich Mr. Goldsen wirklich einmal zu seinen Broadcasting Executives zählen will, werde ich versuchen, davon Gebrauch zu machen.

Empfehlen Sie nicht, bitte, Ihrer lieben Gattin; und seien Sie selbst herzlichst begrüßt von

Ihrem



Bruch von Neutralitätsverpflichtungen vorwerfen könnte, der auf Grund einer Verpflichtung durch den Sicherheitsrat erfolgte, hat zur Voraussetzung, daß ein Sicherheitsratsbeschuß zustande gekommen ist, ohne daß eine der beteiligten Großmächte von ihrem Vetorecht Gebrauch macht. Dann aber hat Einigkeit der beteiligten Großmächte über die Notwendigkeit dieser Maßnahme bestanden, und eine Geltendmachung der so erfolgten Neutralitätsverletzung scheint auch politisch nicht sehr wahrscheinlich.

Das Risiko, durch die Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen überhaupt in einen Konflikt mit Neutralitätsverpflichtungen zu kommen, scheint also gering, das Risiko, in diesem Falle eine Geltendmachung der Neutralitätsverletzung durch einen anderen Staat erwarten zu müssen, noch geringer. Eine konsequente, geradlinige und glaubwürdige Neutralitätspolitik wird wohl nicht so sehr durch die Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen in Frage gestellt werden als vielmehr durch die Praxis der Sicherheitspolitik als solche, wozu auch die Verteidigungspolitik eines Landes zählt. In diesen Bereichen gilt es, die Glaubwürdigkeit der Neutralität zu demonstrieren. Die aktive Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen bietet hier als Instrument der „kollektiven Neutralität“ mehr Gelegenheiten, um diese Glaubwürdigkeit zu beweisen, als daß sie in der derzeitigen Lage der Staatengemeinschaften zu Konflikten mit dem Status der immerwährenden Neutralität führen müßte.

Die Mitgliedschaft im Sicherheitsrat

Es bleibt die Frage, ob die Probleme, die sich aus der Mitgliedschaft eines immerwährend neutralen Staates im Sicherheitsrat ergeben, sich grundsätzlich von denen unterscheiden, die bereits aus der Stellung als einfaches Mitglied der Vereinten Nationen resultieren, oder ob sie sich ebenso lösen lassen wie diese: Gemäß der Charta trägt der Sicherheitsrat die Hauptverantwortung für die Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit (Art. 24). Gemäß Art. 27 bedarf es dem Zustandekommen eines Beschlusses — außer in Verfahrensfragen — der Zustimmung von — nunmehr — neun der — nunmehr — fünfzehn Mitglieder, inbegriffen die Zustimmung der fünf ständigen Mitglieder. Gemäß dem Text der Charta könnte man daher versucht sein, den Sicherheitsrat als das „regelmäßig mehrheitsentscheidende Sanktionsorgan“ zu definieren²⁵⁾. In einem so definierten Sicherheitsrat wäre allerdings für einen immerwährend Neutralen kein Platz: Eine Beteiligung an Sanktionsbeschlüssen wäre oft neutralitätswidrig, während eine Stimmenthaltung systemwidrig wäre. Allerdings verkennt eine Betrachtung, die den Sicherheitsrat nur als das militärisch-politische Leitungs- und Sanktionsorgan der Vereinten Nationen ansieht, die Rolle, die der Sicherheitsrat in anderen Bereichen zu spielen hat.

Der Sicherheitsrat

- erhält den Weltfrieden und die internationale Sicherheit und handelt dabei im Einklang mit den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen,
- untersucht Konflikte oder Situationen, die zu internationalen Reibungen führen können,
- empfiehlt Methoden oder Verhandlungsgrundlagen für die Beilegung solcher Streitfälle,
- entwirft Pläne für ein System der Rüstungsregelung,
- stellt das Vorliegen einer Bedrohung des Friedens oder einer Angriffshandlung fest und empfiehlt entsprechende Maßnahmen,
- ruft die Mitglieder zur Anwendung wirtschaftlicher Sanktionen und anderer Maßnahmen — unter Aus-

schluß der Gewaltanwendung — auf, um Angriffshandlungen zu verhindern oder zu beenden,

- ergreift militärische Maßnahmen gegen einen Angreifer,
- empfiehlt die Aufnahme neuer Mitglieder und bestimmt, unter welchen Voraussetzungen ein Staat dem Statut des Internationalen Gerichtshofes beitreten kann,
- übt die Treuhandschaftsfunktion der Vereinten Nationen in „strategischen Zonen“ aus,
- unterbreitet der Generalversammlung Vorschläge für die Wahl des Generalsekretärs und wählt gemeinsam mit der Generalversammlung die Mitglieder des Internationalen Gerichtshofes,
- legt der Generalversammlung Jahres- und Sonderberichte vor.

(„Wissenswertes über die Vereinten Nationen“, Genf 1970, Informationsdienst der UNO.)

Schon die Aufzählung zeigt, daß Bereiche, in denen es nicht zum Konflikt aus einer Teilnahme im Sicherheitsrat und dem Status der immerwährend Neutralen kommen kann, überwiegen. Die Praxis ist für den immerwährend Neutralen noch günstiger: Die Nichtverwendung des Sicherheitsrates als Instrument der kollektiven Sicherheit, die Nichtanwendung von Maßnahmen nach Kapitel VII haben hier den Aspekt der „kollektiven Neutralität“ in den Vordergrund treten lassen. Hier kann allerdings ein immerwährend Neutraler als objektiver, unparteilicher Staat eine Rolle des Ausgleiches und der Vermittlung spielen. Die Änderung der internationalen Lage von der Konfrontation zur Kooperation, die sich abzeichnet, begünstigt diese Rolle noch.

Abschließend sei die Erklärung zitiert, die der finnische Vertreter Max Jacobson anlässlich seines Amtsantrittes als Delegierter seines Landes im Sicherheitsrat am 24. Jänner 1969 abgab:

„... We believe that as a member of the Security Council Finland can best contribute to this co-operation through strict and consistent adherence to its policy of neutrality, which, while it enjoins us to refrain from taking sides in disputes between the great Powers, enables us to maintain friendly relations with all States across the dividing lines of ideology or military alignments and thus to work whenever possible for the cause of conciliation and the peaceful settlement of disputes.“

Anmerkungen:

1) K. Zemanek, Das Problem der Beteiligung des immerwährend neutralen Österreich an Sanktionen der Vereinten Nationen, besonders im Falle Rhodesiens, in: ZaöRV 28/1968, S. 17.

2) Über die verschiedenen Theorien über die Vereinbarkeit und die Unvereinbarkeit von Neutralität und Mitgliedschaft bei den Vereinten Nationen siehe W. Strasser, Österreich und die Vereinten Nationen, 1967, Wien, S. 39 ff.

3) L. Wildhaber, Die Mitgliedschaft dauernd neutraler Staaten im UNO-Sicherheitsrat, in: ÖZA 3/1971, S. 132.

4) A. a. O., S. 133.

5) K. Zemanek, a. a. O., S. 22.

6) A. Verdross, Völkerrecht, 4. Auflage, Wien 1959, S. 345, zur Abgrenzung der Repressalie vom Krieg, S. 351.

7) L. Wildhaber, a. a. O., S. 133.

8) Im Jänner 1966 wurde der Sicherheitsrat von elf auf fünfzehn Mitglieder erweitert. Die vier weiteren nichtständigen Mitglieder wurden alle aus dem Kreis der Staaten der Dritten Welt ausgewählt, welche Praxis auch jetzt noch geübt wird. Ein zustimmender Beschluß erfordert nunmehr die Zustimmung von neun statt sieben Ratsmitgliedern, wobei die Sonderstellung der ständigen Ratsmitglieder unverändert blieb.

⁹⁾ A. Krüger, zur Arbeit des UN-Sicherheitsrates, in: Deutsche Außenpolitik, Sonderheft 1/1971, UNO-Bilanz 1970/71, Berlin (Ost), S. 48 f.

¹⁰⁾ J. D. Stoessinger, The UN and the Superpowers, New York, Studies in Political Science, S. 5.

¹¹⁾ A. a. O., S. 13.

¹²⁾ A. a. O., S. 16.

¹³⁾ Ebenda.

¹⁴⁾ A. Krüger, a. a. O., S. 49.

¹⁵⁾ J. D. Stoessinger, a. a. O., S. 16.

¹⁶⁾ A. a. O., S. 17.

¹⁷⁾ L. Wildhaber, a. a. O., S. 145.

¹⁸⁾ A. a. O., S. 138.

¹⁹⁾ Ebenda.

²⁰⁾ K. Zemanek, a. a. O., S. 21.

²¹⁾ A. a. O., S. 27.

²²⁾ A. a. O., S. 29.

²³⁾ A. a. O., S. 23.

²⁴⁾ A. Verdroß, a. a. O., S. 99.

²⁵⁾ L. Wildhaber, a. a. O., S. 143.

Alfons Dalma

Das Ende der Nachkriegszeit

Von der Konflikt- zur Einflußstrategie

Wahrscheinlich hat sich Anfang der siebziger Jahre eine zeitgeschichtliche Zäsur vollzogen. Die 1945 begonnene Nachkriegszeit dürfte um die Jahreswende 1972/73 zu Ende gegangen sein, um von einem neuen Abschnitt in den Weltbeziehungen abgelöst zu werden.

Der Begriff „Nachkriegszeit“ bezeichnet die Ära des weltpolitischen Geschehens, das vor allem von den Folgen des Zweiten Weltkrieges, von den scharfen Konflikten unter den Siegermächten, von den durch den Krieg nicht gelösten oder erst neu entstandenen Problemen sowie durch die Bemühungen der Besiegten, ihre Stellungen wieder aufzubauen und sich als Faktoren der internationalen Politik zu reetablieren, geprägt wurde. Dieser Abschnitt ist im wesentlichen beendet. Das spiegelt sich in einer Reihe von Ereignissen wider:

Der amerikanische Präsident Nixon hat im Februar 1972 China und im April des gleichen Jahres die Sowjetunion aufgesucht; der neue japanische Ministerpräsident Tanaka hat im Jänner 1973 Peking einen bahnbrechenden Besuch abgestattet und binnen 48 Stunden eine Kriegsperiode von zwei Jahrzehnten und einen darauffolgenden 30jährigen kalten Krieg zwischen China und Japan beigelegt. Die Ratifizierung der deutschen Ostverträge am 23. Mai 1972 und die Unterzeichnung des Grundvertrages zwischen den beiden deutschen Staaten am 21. Dezember tragen den Charakter einer zumindest provisorischen Lösung der deutschen Frage, die das Kernstück der amerikanisch-sowjetischen Rivalität in Europa, des sogenannten „kalten Krieges“ und der Nachkriegszeit war. Die Staatsvisite des Generalsekretärs Leonid Breschnjew in Bonn hat im Mai 1973 eine weitere Wende zwischen den zwei Zeiten gesetzt; an Stelle des Feindverhältnisses zwischen der einzigen europäischen Supermacht und der fortgeschrittensten europäischen Industriemacht ist eine völlig anders geartete Nahbeziehung getreten, gekennzeichnet von den visionären Aufforderungen Moskaus an die Westdeutschen, gemeinsam mit den Russen Zukunftspläne zu schmieden und zu verwirklichen.

Der Einzug Großbritanniens und der meisten Länder der von London angeführten EFTA in die Europäischen Gemeinschaften von Brüssel signalisiert das Ende einer klassischen britisch-französischen Rivalität, die auch nach dem Zweiten Weltkrieg in der herkömmlichen Weise verschiedene und getrennte Klientelen in Europa zu organisieren trachtete. Im Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten, Westeuropa und Japan trat am Anfang dieses Jahrzehnts der Solidari-

tätspekt eines Sicherheits- und Verteidigungsbündnisses vor der immer häufiger werdenden wirtschaftspolitischen Rivalität und Auseinandersetzung in den Hintergrund. Die Prioritäten und Gewichte, wie sie durch die Nachkriegszeit bedingt waren, haben sich zur wirtschaftspolitischen Konkurrenz und zu Interessenkonflikten unter den Verbündeten hin verschoben.

Zwei Symptome einer neuen Ära sind besonders charakteristisch: die Sowjets haben ein Desengagement am Suezkanal, die Amerikaner in Indochina vollzogen; und sie haben sich damit der Gefahr einer direkten Konflagration entzogen. Im Fernen und im Nahen Osten wurde bis zur letzten Jahreswende die typische Konfliktstrategie der Großmächte nach den Gesetzmäßigkeiten des Zeitalters nuklearstrategischer Waffen angewendet: ohne direkte Konfrontation der Großen über stellvertretende Länder.

Die Wende ist etwa um die Mitte 1972 eingetreten: Die USA und Rußland wirken seitdem zusammen, um die ausgesprochene Kriegsform solcher Konflikte durch subtilere Mittel der Politik und der Diplomatie abzulösen. Die Abfolge der Ereignisse legt die Vermutung nahe, daß Präsident Sadat am 18. Juli 1972 mit der Ausweisung des in Ägypten etablierten russischen Personals nur einer Maßnahme zugekommen sein dürfte, die Moskau ohnedies bereits ins Auge gefaßt hatte. Die Sowjets nahmen diesen vordergründigen Affront mit einem merkwürdig hintergründigen Gleichmut hin.

Als am 25. Jänner 1972 Präsident Nixon zum erstenmal die Öffentlichkeit von den Kontakten Henry Kissingers mit der Regierung Nordvietnams wissen ließ, konnte man bereits erwarten, daß auch die Zeit des Indochina-Konflikts in seiner Form eines offenen Krieges und des aktiven amerikanischen Kriegseingagements bald ablaufen werde. Zwölf Monate später war auch diese Wende vollzogen: das Ende des Krieges zwischen den USA und Nordvietnam sowie der kriegerischen Rivalität der drei Weltmächte in Indochina. Die Schwierigkeiten der Durchführung des Waffenstillstandsabkommens in der ersten Hälfte 1973 haben diese Feststellung nur bestätigt; sie können keiner der beteiligten Außenmächte angelastet werden; Washington, Moskau und Peking haben wesentlich zur allmählichen Abnahme der Waffenstillstandsverletzungen beigetragen.

Daß die brutale Konfliktstrategie der Nachkriegszeit durch subtilere Methoden der Politik ersetzt werden soll, wird

seit der Jahreswende 1972/73 quasi symbolisch durch die beginnende Serie von internationalen Konferenzen demonstriert: die ersten Runden der Sicherheitskonferenz in Helsinki, die Wiederaufnahme der SALT in Genf sowie die Vorgespräche über die MBFR in Wien. Eines der wichtigsten Merkmale der neuen Ära oder des neuen Systems ist die Ablöse der bipolaren Machtkonzentration durch ein Dreieckverhältnis der Supermächte. Während von 1945 bis 1972 die Konzentration der Macht in Amerika und in Sowjetrußland den anderen Mächten im geographischen oder politischen Nachbarschaftsverhältnis keine Alternative offenließ, hat es Washington verstanden, den einzigen potentiell qualifizierten Kandidaten für den Rang der Supermacht in das Kraftfeld der Großmachtspolitik einzubeziehen. Das war China. An Stelle der reinen Konfrontation von zwei Supermächten tritt das Rivalitätsverhältnis im Dreieckssystem der neuen Einflußpolitik.

Die drei Motive der Weltmachtpolitik

Das Erlebnis der Nachkriegsgenerationen bestätigt jene Erfahrung der weiter zurückliegenden Geschichte, die drei grundlegende Motive für das Handeln der Großmächte erkennen läßt: die machtpolitischen Notwendigkeiten, die ökonomischen Bedürfnisse und die ideologischen Gebote. Die Umgestaltung der Beziehungen der Nachkriegszeit zwischen Rußland und Amerika sowie jeweils zwischen den USA und China bzw. zwischen Moskau und Peking ist vor allem das Ergebnis der politischen und der wirtschaftlichen Logik der Dinge; die ideologische Konsequenz wurde vielleicht nicht gern, aber nach Bedarf geopfert. Das war auch zu erwarten, weil Ideologien nur in ihrer revolutionären Frische und Schwung, sonst aber selten in der Geschichte für die Gestaltung der Machtpolitik ausschlaggebend waren.

Der Konflikt der Nachkriegszeit zwischen dem kommunistischen Osten und dem demokratischen Westen war auch ideologisch ausreichend begründet, obwohl er seine tieferen Wurzeln in anderen Interessenbereichen hatte. Der in den fünfziger Jahren ausgebrochene ideologische Streit zwischen den beiden kommunistischen Großmächten war aber an sich weder notwendig noch erklärlich. Es sollte sich jedoch bald zeigen, daß hier in erster Linie eine ideologische Begründung für eine in Wirklichkeit machtpolitische Auseinandersetzung von Staat zu Staat gefunden und dem Konflikt zugrunde gelegt werden mußte. Chruschtschows Entstalinisierung bot Mao lediglich eine gute Gelegenheit, Peking zum Hüter der Orthodoxie — ungeachtet der völlig unorthodoxen eigenen Wege und Methoden des chinesischen Kommunismus — zu erheben. Nichts war indessen für beide kommunistischen Großmächte so typisch wie die ideologische Motivierung ihrer Konflikte mit den USA, diesem Hort der demokratischen und kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Dann entledigten sich aber zuerst Chruschtschow und vor allem Breschnjew, dann Mao Tse-tung und Tschu En-lai dieses ideologischen Ballastes in dem Augenblick, wo dies politisch und wirtschaftlich notwendig erschien, und in einem Maße, das erforderlich war.

Ein großer Teil der am Weltgeschehen partizipierenden Zeitgenossen ist im sogenannten ideologischen Zeitalter der ersten Jahrhunderthälfte geistig geformt worden; in den letzten Jahren wurde uns aber sinnvoll vor Augen geführt, daß die Ideologie im Dienste der Großmachtpolitik steht, und nicht umgekehrt. Besonders haben es die autoritär organisierten Staaten leicht, sich über die weltanschaulichen Gebote hinwegzusetzen und dennoch sich der weltanschaulichen Überzeugungen für die Zwecke der Realpolitik zu bedienen. Durch ideologische Bindungen, die sie sorgfältig pflegen, schaffen und erhalten Großmächte eine vielfache

und oft aufopferungswillige Klientel in den anderen Staaten der Welt: Glaubensgenossen sind oft das beste Werkzeug der Politik, weil zuverlässig, ohne Alternativen und billig. Wenn aber eigene Großmachtinteressen im Spiel sind, wird die eigentliche Zweitrangigkeit des ideologischen Motivs entblößt. Nicht wenige Kommunisten (aber auch Nationalsozialisten) waren am Hitler-Stalin-Pakt von 1939 verzweifelt; der heutzutage ganz anders etablierte Kommunismus nahm bereits die Ausgleichsbemühungen zwischen Nixon und Breschnjew mit routinierterem Gleichmut. Die jungen Maoisten Westeuropas empfanden aber den Ausgleich zwischen Nixon und Mao Tse-tung im Jahre 1972 als den großen Verrat.

Die amerikanisch-sowjetische Annäherung geht in ihren Anfängen in die Zeit Chruschtschows zurück, kam aber erst in der Ära Breschnjew und durch die Koinzidenz mit der neuen amerikanischen Weltpolitik des Teams Nixon-Kissinger zur richtigen Entfaltung. Ihre politischen Motive, auf der sowjetischen Seite, gliedern sich in zwei Kategorien und in zwei Abschnitte.

Die Periode zwischen den letzten zwei großen Krisen im Zeichen der direkten Konfliktstrategie, Kuba und Berlin, also die Zeit von Anfang der sechziger bis zum Anfang der siebziger Jahre, war gekennzeichnet durch die wachsende Erkenntnis von der Sterilität einer solchen Konfliktaustragung. Die Sowjets waren nicht imstande, ihren Macht- und Einflußbereich mit direkten Konfliktmethoden zu erweitern, weder mit der Hebelwirkung der Berlin-Krise in Europa noch durch den versuchten Aufbau von neuen Machtpositionen (und sogar von waffenstrategischen Stützpunkten) in Lateinamerika und im Nahen Osten. Die Umwerbung der afroasiatischen Staaten der dritten Welt begann sich als eine Operation zu erweisen, deren Kosten in keinem Verhältnis mehr zu den Ergebnissen standen.

So fing die Sowjetregierung schon unter Chruschtschow und in der Ära Kennedy/Johnson an einzusehen, daß der Expansion durch die Konfliktstrategie Grenzen gesetzt sind, wogegen die Entspannung Vorteile mit sich bringen könnte. Die offene Herausforderung förderte unter anderem den inneren Zusammenhalt des weltweiten amerikanischen Bündnissystems in Europa, im Nahen Osten, in Asien und in Lateinamerika. Dagegen ließen es wahrscheinlich die Erscheinungen der Verunsicherung und der Unstabilität in der eigenen Machtsphäre (in Polen, in der DDR, in Ungarn, in der Tschechoslowakei, in Rumänien) den sowjetischen politischen Denkern ratsam erscheinen, für den Preis der Aufgabe der Konfliktstrategie und der offenen Expansion die Bestätigung des eigenen Besitzstandes durch die andere Supermacht zu erkaufen. Damit konnte auch das Interesse der USA für die Autonomiebestrebungen in den Staaten des Warschauer Paktes vermindert und diesen der Bewegungsraum eingeengt werden. Auch die deutsche Ostpolitik und der Grundvertrag zwischen den beiden deutschen Staaten im mitteleuropäischen Vorfeld der Weltmachtpolitik Rußlands und Amerikas waren geeignet, die Anerkennung des Besitzstandes zu vollziehen und — entgegen den im Westen weit verbreiteten Erwartungen — die innere Disziplin des Warschauer Paktes zu festigen, statt zu lockern.

Schließlich sollte der Übergang von der Konflikt- zur Entspannungsstrategie auch die Anerkennung der großmachtpolitischen Gleichberechtigung der Sowjetunion durch die USA bewirken. In der Tat eignen sich die SALT besonders gut zum Aushandeln des Inhaltes dieses Ebenbürtigkeitsprinzips; die früher führende und stärkere Atommacht USA trifft mit der Sowjetunion konkrete Vereinbarungen eines nuklearstrategischen Gleichgewichts.

Richard Nixon, ganz im Sinne seines Beraters Kissinger, ist auf die langsame Schwenkung der sowjetischen Strate-

gie entschiedener und weiter eingegangen als seine Vorgänger Kennedy und Johnson. Nixon und Kissinger haben aber dieser neuen Tendenz auch eine weitere Dimension hinzugefügt, die für sich allein schon einen zweiten Abschnitt der Entwicklung markierte und eine zweite Kategorie von politischen Motiven auslöste. Während die amerikanisch-sowjetische Annäherung langsam voranschritt, die SALT sich in Wien dahinzogen, aber im Nahen Osten die sowjetische militärische und politische Präsenz im steten Aufbau begriffen und im Fernen Osten der Vietnamkrieg ohne Ende zu sein schien, überraschte Washington die Welt — am meisten aber, zu diesem frühen Zeitpunkt, die Sowjetregierung — mit der Ankündigung, daß Präsident Nixon mit Mao Tse-tung einen Ausgleich im amerikanisch-chinesischen Rivalitätskonflikt herbeizuführen im Begriff war.

Daß Peking auf die Kissinger-Initiative sofort eingegangen ist, darf nicht verwundern. Die schwächste der drei Weltmächte, mehr potentiell als effektiv eine Supermacht, in eine Konfliktsituation mit den beiden anderen und vollwertigen Weltmächten zugleich verwickelt, war China in keiner beneidenswerten Situation. Andererseits hat die Natur des amerikanisch-chinesischen Konfliktes einen weniger schweren Charakter als die Art der Auseinandersetzung zwischen den direkt benachbarten und in diesem Konflikt gleichermaßen asiatischen Mächten Sowjetunion und China. Denn die Taiwan-Frage ist ein relativ geringfügiges Problem; die Zeit wird es auf jeden Fall lösen.

Der Indochina-Krieg dagegen schien gerade deshalb ein unüberwindliches Hindernis für die amerikanisch-chinesische Annäherung zu sein, weil die beiden Seiten ihr Engagement so stark gesteigert hatten. Vom Augenblick der Verständigung an, daß es die USA nicht beabsichtigen, in Südostasien eine eigene weit ausgedehnte Machtsphäre aufzubauen, und daß es China nicht für wesentlich hält, Südvietnam mit Gewalt dem kommunistischen Nordvietnam und einer direkten chinesischen Machtsphäre einzuverleiben, konnte das politische und militärische Desengagement beider Seiten eingeleitet werden. Durch die Annäherung an die USA konnte China außerdem ein wesentliches Ziel der Mao-Konzeption mit einem Schlag erreichen: die Anerkennung des Status einer Weltmacht, noch bevor der entsprechende militärische und wirtschaftliche Inhalt geschaffen werden konnte. Der Vorteil für die Vereinigten Staaten bestand aber nicht nur in der Aussicht auf die Beendigung des militärischen Engagements in Indochina; es wiegt wahrscheinlich noch weit mehr, daß die USA auf diese Weise auch im Annäherungsprozeß zwischen ihnen und Rußland in eine vorteilhafte Lage geraten sind, so wie sie überhaupt eine privilegierte Stellung im neuen Dreieck der Weltpolitik erlangt haben.

Angesichts der amerikanisch-chinesischen Annäherung und des fortdauernden sowjetisch-chinesischen Konflikts ist die sowjetische Verhandlungsposition gegenüber Washington schwächer, das Verhandlungstempo schneller geworden. Von der Sowjetunion unter Druck gesetzt, hat China nun eine zwar unformelle, aber spürbare amerikanische Rückversicherung erhalten, ebenso wie Washington in seinen Verhandlungen mit Moskau den Vorteil seiner besseren Beziehungen zu Peking. Mit anderen Worten, die USA unterhalten gegenwärtig und entwickeln weiter bessere Beziehungen zu jeder der beiden anderen Weltmächte, als China und Rußland untereinander in absehbarer Zeit haben können.

Das dürften also im wesentlichen die politischen Motive sowohl für die sowjetisch-amerikanische als auch für die amerikanisch-chinesische Annäherung sein. Die ökonomischen Notwendigkeiten sind indessen mindestens ebenso wichtig.

Die beiden kommunistischen Großmächte werden von ähnlichen wirtschaftlichen Motiven geleitet. Schon Chru-

schtschow hatte es in der Ära nach Stalin begriffen, daß die permanenten Schwächen und Probleme der sowjetischen Ökonomie ohne eine breitangelegte finanzielle, technologische und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Westen nicht zu beheben sein werden. Die Knappheit des Investitionskapitals in der Sowjetunion, die mangelnde Produktivität der Schwerindustrie, die Unzulänglichkeit der Konsumgütererzeugung und die katastrophal niedrige Produktivität der Landwirtschaft legen es nahe, Abhilfe im Westen zu suchen.

Etwa zehn Jahre nach Chruschtschow, der als erster russischer Nachkriegsstaatsmann die Konsequenzen aus diesen Schwächen der sowjetischen Wirtschaft zu ziehen begonnen hat, hat auch sein ideologischer Kritiker, Mao Tse-tung, begriffen, daß China von der ideologischen und machtpolitischen Auseinandersetzung mit den Vereinigten Staaten nichts mehr zu gewinnen hat, dagegen aber aus der wirtschaftlichen Zusammenarbeit für das Werden der chinesischen Macht großen Nutzen ziehen kann. Die Intensität, mit der Peking seit dem Besuch Nixons die Ausweitung wirtschaftlicher Beziehungen mit der ganzen westlichen Welt vorantreibt, kann nur der Ausdruck einer weitreichenden Entscheidung sein.

Unter dem Druck und in der Erkenntnis der ökonomischen Gebote ihrer Reiche sind also sowohl die sowjetische als auch die chinesische Regierung in eine Art Wettbewerb um die Heranziehung der amerikanischen Kredite und der westlichen Zusammenarbeit eingetreten. Breschnjew ist natürlich weiter vorangekommen als Tschu En-lai; denn die Sowjetunion braucht weniger und hat mehr zu bieten als China. Die russischen Erntedefizite sind ein ausgezeichnetes Geschäft für die westlichen Staaten mit Getreideüberschüssen. Und Breschnjews großes Angebot einer Zukunftsvision der dritten Industrialisierung Rußlands und der Lösung der westlichen Energiekrise durch die Erschließung der sibirischen Reserven ist inzwischen sowohl in Bonn als auch in Washington deponiert worden. China müßte hier erst nachziehen, hat aber keine so starken Karten in der Hand.

Dennoch wird gerade der neueste Ausbruch der endemischen Krise in der sowjetischen Landwirtschaft Moskau ein schnelleres Tempo der Annäherung an Washington diktiert haben, als es sonst der Fall gewesen sein würde. Rußland ist für jede Mißernte außerordentlich empfindlich. Nach mehr als einem halben Jahrhundert der Kollektivierung bleibt immer noch jene agrarische Produktivitätsexplosion aus, die in allen anderen Industriestaaten schon in der Mitte des vorigen Jahrhunderts eingetreten ist. Bis zum Ende des 18. Jahrhunderts war in Europa ein in der Landwirtschaft tätiger Mensch imstande, vier bis acht andere Menschen zu ernähren. Mit der Industrialisierung begann die explosive Steigerung des Arbeitsertrags; heute ernährt eine landwirtschaftliche Arbeitskraft zwischen 30 und 50 Personen, im amerikanischen Farmwesen sogar 150 bis 200 Menschen. In der Sowjetunion dagegen beträgt diese Quote nach Berechnungen von Jean Fourastier etwa 9 bis 12 Personen auf eine landwirtschaftliche Arbeitskraft. Deshalb genügte eine schlechte Ernte, um die Sowjetunion 1972 völlig von den enormen amerikanischen Getreidereserven abhängig zu machen; denn als etablierte Supermacht und in der post-stalinistischen Gesellschaft kann sich der russische Staat nicht mehr leisten, das Problem schlechter Ernten durch das Aushungern der Bevölkerung zu lösen. (China dagegen, nach übereinstimmender Ansicht der westlichen Fachleute, hat sein Ernährungsproblem auf einem allerdings nicht allzu hohen Verbrauchsniveau in den letzten Jahren erstaunlich stabil gelöst.)

Während die Erntekrisen ein Zwangsmoment der sowjetischen Entspannungspolitik sind, stellen die sowjetischen Rohstoffreserven in Sibirien — in der Kombination mit dem

Expansionszwang und mit der sich anbahnenden Energiekrise der westlichen Wirtschaft — ein hervorragendes aktives Mittel der sowjetischen Entspannungsstrategie dar. Nichts illustriert in so beredter Weise den Übergang von der Konfliktstrategie der Nachkriegszeit zur neuen Großmachtpolitik wie der Beginn der sowjetischen Wirtschaftsstrategie im Jahre 1972 und 1973, von den ersten sibirischen Angeboten an Japan über Breschnjews große visionäre Ansprache von Bonn bis zur Offerte an Nixon.

Die vielfältigen Möglichkeiten oder auch Verlockungen, die sich aus dieser Situation für die westeuropäischen Staaten und für Japan ergeben, verleihen Moskau neue Mittel der Einflußpolitik in Westeuropa, vermindern aber nicht das russische Interesse an einem Ausgleich mit den USA. Nach wie vor die Hauptquelle der fortgeschrittenen Technologie, der Spitzentechnik im industriellen Bereich und der landwirtschaftlichen Produktivität in der Welt, sind die Vereinigten Staaten von Amerika nicht nur militärisch, sondern auch im Bereich der ökonomischen Notwendigkeiten, die für das Verhältnis unter den drei Weltmächten relevant sein können, der wichtigste Partner für Rußland und China und im Vorteil den beiden anderen gegenüber.

Totalitäre, also auch kommunistische Staaten räumen im allgemeinen, besonders aber in Konfliktsituationen, der Machtpolitik den Vorrang vor den wirtschaftlichen Interessen und vor dem Lebensstandard ihrer Bevölkerung ein. (Daß sie in der nachrevolutionären Periode sich von der Ideologie nicht beengen lassen, wurde schon gesagt.) Festzuhalten ist also nur, daß sowohl Rußland als auch China gravierende *politische* Motive hatten, ihre machtpolitische und ideologische Offensive gegen die Vereinigten Staaten sowie ihre Konfliktstrategie der weltpolitischen Expansion einzuschränken und einen Annäherungsprozeß gegenüber dem großen kapitalistischen Rivalen einzuleiten. Daß die wirtschaftliche Notwendigkeit noch hinzugekommen ist, läßt die Annäherungstendenz lediglich stärker und für die nächste Zeit unumstößlicher erscheinen. Der Verzicht auf die Konfliktstrategie ermöglicht sowohl ein neues politisches Einflußspiel als auch eine freiere wirtschaftliche Strategie.

Sterilität von Stellvertreterkriegen

Wenn eine Qualitätsänderung in den Beziehungen unter den Großmächten bereits eine Realität ist, müßte sich diese Entwicklung in der Gestaltung der verschiedenen Konfliktherde in der Welt ausdrücken. In der Tat lassen sich von dieser Seite her die Symptome eines neuen Abschnitts am besten feststellen. Den auf den ersten Blick erstaunlichen Gleichmut, mit dem die Sowjets ihre über so viele Jahre und unter so großen Kosten aufgebaute Position am Nil und am Suezkanal wieder abgebaut haben, haben wir schon in der Einleitung erwähnt, ebenso wie den Fortschritt der Konsolidierung in Mitteleuropa, der am besten und aufschlußreichsten in der Berlin-Regelung der vier Mächte vom 26. Mai 1972 zum Ausdruck kommt. Die Berlin-Frage war der Modellfall und der Brennpunkt jener expansiven Periode der sowjetischen Politik, die dann „kalter Krieg“ genannt wurde. Die sowjetische Weigerung, irgendwelche schriftlichen Verpflichtungen für den Status West-Berlins und für die Abwicklung seiner Verkehrsverbindungen einzugehen, war ein Vierteljahrhundert lang das augenscheinliche Element der Unsicherheit und der Konfliktstrategie in Mitteleuropa. Deshalb kommt dem schriftlich festgelegten Berlin-Abkommen die Bedeutung eines besonders sichtbaren Symbols für den neuen Abschnitt der Entspannungs- oder der reinen Einflußstrategie zu.

Nicht minder interessant ist der Wandel in Lateinamerika, wo sowohl Kuba als auch Chile gegen Ende des Jahres 1972

sich zum erstenmal die Mühe nahmen, die Heftigkeit ihrer anti-amerikanischen propagandistischen Aktion etwas zurückzunehmen.

Nachdem inzwischen das Indochina-Waffenstillstandsabkommen vereinbart und weitgehend auch schon angewendet worden ist, wird man die Bedeutung eines Symptoms leichter und besser begreifen, das gerade für Vietnam ein Signal sein sollte, wo es doch Hanoi vor allem um die gewaltsame Wiedervereinigung des ganzen Landes durch die militärische Einnahme des im Süden entstandenen Teilstaates ging. Dieses Signal kam aus dem Norden Ostasiens: Nord- und Südkorea — seit dem Bürgerkrieg und seit der amerikanischen und der chinesischen Intervention zwei scheinbar tödlich miteinander verfeindete und hermetisch voneinander abgeschlossene Teile einer geographischen und ethnographischen Einheit — haben ausgerechnet am 4. Juli 1972 der überraschten Welt mitgeteilt, sie seien übereingekommen, Kontakte und Verhandlungen über eine friedliche Wiedervereinigung aufzunehmen.

Es war von vornherein klar, daß es sich hier keineswegs um eine konkrete und auch nur mittelfristige Entwicklung handelt. Die Wiedervereinigung Koreas bleibt nach wie vor ein generationenlanger, wenn nicht säkularer Prozeß. Aber zwei Wochen vor dem Beginn der Pariser Verhandlungen zwischen Kissinger und Le Duc Tho über die Beilegung des Krieges in Vietnam hatte die Bereitschaft und die Initiative Nordkoreas zu dieser Form der Versöhnung mit Seoul die Bedeutung eines Winkes von Seiten Moskaus und Pekings an Hanoi, daß die Frage der Wiedervereinigung Vietnams kein vorrangiges Problem mehr sei, daß es vielmehr erforderlich wäre, sich mit der Existenz von zwei Vietnam-Staaten abzufinden und die Wiedervereinigung einer unbestimmten Zukunft zu überlassen.

Angesichts der engsten Beziehungen zwischen Pjöngjang und den beiden kommunistischen Großmächten auf der einen, zwischen Seoul und Washington auf der anderen Seite, hätte eigentlich klar sein müssen, daß damit alle drei Weltmächte ihren vietnamesischen Klienten bedeuten wollten, in Vietnam sei keine andere Lösung möglich als in Korea: die Teilung in zwei Staaten, wie in Deutschland auch, wobei die Wiedervereinigung theoretisch nicht ausgeschlossen, aber unter den Bedingungen eines friedlichen und ins Unbestimmte verzögerten Prozesses verschoben wird.

In Nordvietnam scheint zwar das Signal verstanden, nicht aber die Lektion hingenommen worden zu sein. Die Offensive Hanois vom März 1972 machte rückblickend den Eindruck, als ob sie unternommen worden wäre, um der Verständigung unter den Weltmächten zuvorzukommen, noch im letzten Augenblick eine Entscheidung auf den Schlachtfeldern zu suchen, der bald im politischen Raum die Grundlage entzogen werden sollte. Die Offensive des kommunistischen Nordvietnam begann vier Wochen nach dem Besuch Nixons in Peking; neun Monate — gerade die erforderliche Vorbereitungszeit — nach der überraschenden und für Hanoi alarmierenden Erscheinung Kissingers in der chinesischen Hauptstadt.

Was dann geschah, waren im Zusammenhang unserer Betrachtung höchst bemerkenswerte Erscheinungen. Die USA konnten sich Reaktionen leisten, die noch wenige Monate früher als unerträglich risikoreich hätten erscheinen müssen: die Verminung und die Blockade des Golfs von Tonking, ohne jede Reaktion von Seiten der beiden kommunistischen Weltmächte. Diese unternahmen nichts, um im erforderlichen Umfang den Nachschub für jene „Osteroffensive“ zu sichern. Nachdem diese schließlich zusammenbrach, drängten Peking und Moskau in Hanoi auf Waffenstillstandsverhandlungen. Als diese im Dezember 1972 ab-

gebrochen wurden, beschränkte sich Breschnjew kaltblütig — Tschu En-lai in etwas chinesischerer, aber dennoch klarer Sprache — darauf, es Hanoi nahezulegen, den Verhandlungsfaden sobald wie möglich wieder anzuknüpfen. Während die amerikanischen B-52-Maschinen ihre massiven Luftangriffe im Raum Hanoi, bis dorthin strategischer Schutzpark, d. h. „sanctuary“ dieses Krieges, seit dem 18. Dezember 1972 flogen, während die amerikanischen und westeuropäischen Vietnamkriegsgegner deshalb die USA anprangerten, blieben Moskau und Peking ihrer diskreten Aktion zur Entmutigung Nordvietnams treu. Die Sowjets veranstalteten zwar eine letzte militärische Demonstration in Indochina, eine mehr für sie als für Nordvietnam interessante Generalprobe für die Luftverteidigung sowjetischer Großstädte mit den gebündelten Salven von Boden-Luft-Raketen, beteiligten sich aber — zum Unterschied etwa vom schwedischen Premierminister — nicht mehr an der politischen antiamerikanischen Reaktion und Propaganda.

In Peking gab es einige antiamerikanische Leitartikel und Tschu En-lais Tischreden; gleichzeitig aber lief zwischen Washington und Peking eine rege Korrespondenz über den nächsten Besuch Kissingers, der unter anderem zu einem spektakulären Fernsehgespräch mit Mao Tse-tung führen sollte, um dem chinesischen Volk vor Augen zu führen, daß das Feindverhältnis zu den Amerikanern beendet sei.

Hanoi blieb wirklich nichts mehr anderes übrig, als das Waffenstillstandsabkommen abzuschließen und auch in der ersten Hälfte 1973 allmählich die Bemühungen aufzugeben, die Vereinbarungen zu unterwandern und den militärischen Vietnamkrieg eine Stufe tiefer auf der Ebene des kalten Krieges mit heißen Mitteln fortzusetzen.

Der Vietnamkrieg, seit mehr als zehn Jahren das bevorzugte Feld für die bewaffnete Austragung der Rivalität der Weltmächte, ist offensichtlich am Anfang der siebziger Jahre ein anachronistischer und ein steriler Krieg geworden, zunächst aus der Sicht der Vereinigten Staaten, Chinas und der Sowjetunion, weil sie in eine neue Art von Beziehungen zueinander eingetreten waren, und eigentlich auch für die lokalen Streitparteien, weil sie ohne die aktive Unterstützung der Schutzmächte und ohne die Übereinstimmung der Kriegsziele zwischen ihnen und den Weltmächten keine strategischen Entscheidungen mehr mit militärischen Mitteln erwarten dürfen. Die inneren Auseinandersetzungen in Indochina werden mit dem Waffenstillstandsabkommen sicher nicht einem baldigen Ende zugeführt werden; sie werden aber nicht lange mehr mit militärischen Mitteln ausgetragen werden können.

Angesichts der zwingenden politischen Motive der neuen Weltmachtspolitik und der phantastischen wirtschaftlichen Vorhaben sowohl in China als auch in Rußland, die ohne die USA, Japan und Westeuropa nicht zu realisieren sind, hat die Frage der Wiedervereinigung einer kleinen südostasiatischen Halbinsel unter kommunistischen Vorzeichen in den Augen Maos und Breschnjews ihre Bedeutung verloren. Das mußte schließlich auch das Politbüro in Hanoi begreifen. Denn in seinem Interview mit einem Redakteur der Zeitschrift „Time“, während der Unterbrechung der Verhandlungen Kissinger — Le Duc Tho im Dezember 1972, ließ der nordvietnamesische Ministerpräsident Pham Van Dong einen immerhin bezeichnenden und wegweisenden Satz fallen: „Wir geben zu, daß die Wiedervereinigung Vietnams die Aufgabe der kommenden Generation sein wird.“ Das koreanische Signal für die neue Weltlage könnte doch — mit Verspätung und erst nachdem Tausende von Soldaten und Zivilisten sterben, die Bevölkerung ganzer Landstriche leiden, immense Werte zerstört werden mußten — in Hanoi endlich verstanden worden sein.

Jene Konflikt- und Konfrontationsstrategie, die alle Formen des kalten und des regionalen Stellvertreterkrieges durchlaufen hatte, erschien also an der Jahreswende 1972/73 als unzeitgemäß, steril und störend. An ihre Stelle trat die diplomatische Bewegung unter den drei Weltmächten, die neue Strategie der beweglichen Beeinflussung mit den Mitteln der politischen und der wirtschaftlichen Interessen. An Stelle der Drohung und der Druckausübung von Berlin bis nach Korea trat die Verlockung und die Einflußverbreitung, wie in den wirtschaftspolitischen Visionen und in den politischen Ost-West-Aktionen Breschnjews und Mao Tse-tungs. Die unabwendbare Rivalität der Großmächte, die einst in heißen und in kalten Kriegen ihre Fortsetzung mit anderen Mitteln fand, führte nach dem Ende der Nachkriegszeit dazu, daß die Ziele der kalten und der regionalen Kriege nun wieder mit anderen Mitteln der Entspannungs- und der Verständigungs- sowie der Wirtschaftspolitik angestrebt werden.

Fortsetzung mit anderen Mitteln

Der Unterschied in den politisch-strategischen Methoden und in den Spielregeln zwischen der zu Ende gegangenen Nachkriegszeit und der beginnenden Ära einer neuen Strategie ändert indessen nichts an der Natur der Großmächte und ihrer Grundmotive. Aus dem Übergang von der bipolaren amerikanisch-sowjetischen Rivalität zu einem System des dynamischen Gleichgewichts, der abwechselnden Beziehungen und Präferenzen unter den drei Weltmächten heraus auf eine spannungsfreie Welt von morgen schließen zu wollen, wird zwar häufig versucht, bleibt aber bis zu einem eventuellen und hypothetischen Gegenbeweis im Widerspruch sowohl zur historischen Erfahrung als auch zur Analyse der unmittelbaren Gegenwart. Es liegt in der Natur der Großmächte, daß sie ein egozentrisches und übermäßiges Bedürfnis nach eigener Sicherheit auf Kosten der Eigenständigkeit und der Sicherheit anderer aufzuweisen haben. Aus diesem und auch aus anderen Gründen können sie auch der Versuchung, jedes Vakuum der Macht, das sich irgendwo bietet, mit eigenem Einfluß auszufüllen, nicht widerstehen. Deshalb bleibt die Frage nach den weiterhin wirksamen Faktoren der Entstabilisierung der Lage immer und ewig gültig.

Die Erweiterung von der Zweipoligkeit zum Dreieckssystem wirkt sich gegenwärtig und zunächst stabilisierend aus. Wie aber Raymond Aron schreibt, „mehr als bisher das reine Machtverhältnis wird künftig das Gleichgewicht des Willens und der Entschlossenheit zählen“.

Die Lage in Vietnam wird auch nach der Beendigung des direkten Krieges noch lange prekär bleiben; das wird für China und für Amerika, erst recht aber für Moskau — und als Möglichkeit zur Entzweiung der beiden anderen — eine gute Gelegenheit und eine Versuchung sein.

Das Ende der turbulenten Verhältnisse im Nahen Orient ist nicht abzusehen. Nord- und Schwarzafrika sind mit Sprengladungen besät. Solche Komplikationen sind stets geeignet, die Großmächte in dieser oder jener Art in ihren Sog zu ziehen. Von wirklich weltpolitischer Tragweite sind indessen unbekanntere Entwicklungen der Zukunft in Westeuropa und in Japan: Sicherheitsprobleme nach wie vor, vor allem aber im Rahmen der neuen Einflußstrategie Fragen der langsamen Verschiebung von Gewichten, Bindungen und Orientierungen. Diese zwei Bereiche sind für das Gleichgewicht im Dreimächtesystem ausschlaggebend ... Die Verschiebungen in Westeuropa und in Japan, von West nach Ost und von Ost nach West, von einer zur anderen Weltmacht, könnten unter Umständen katastrophal entstabilisierende Effekte bewirken.

Westeuropa und Japan haben zwei politisch-strategisch sich explosiv widersprechende Eigenschaften: die beiden Gebilde besitzen eine wirtschaftliche Stärke, die sie auf diesem Gebiet den drei Weltmächten gleichmacht; politisch sind sie dagegen relativ einflußlos, sicherheitspolitisch sogar — in weltstrategischen, ihrer wirtschaftlichen Größe angemessenen Maßstäben — buchstäblich schutzlos. Ihrer wirtschaftlichen Stärke und ihrer politischen Bedeutung nach müßten sie eigentlich eigenständig handlungsfähig und mit einem eigenen nuklearstrategischen Abschreckungspotential ausgerüstet sein. Da sie über ein solches nicht verfügen (denn die französische und die britische Atomstreitmacht ist weder europäisch noch als Abschreckung etwa für die Bundesrepublik Deutschland, für Italien und für die anderen Partner wirksam oder denkbar), können sie auch politisch ihr Gewicht nicht in eigenem Interesse in die Waagschale des jetzigen Mächtesystems werfen. Andererseits erscheint das bisherige Dasein unter dem Schirm der amerikanischen Abschreckungsmacht in der Zukunft als eine offene Frage.

Das ist jedoch nicht alles: Die wachsenden wirtschaftlichen Gegensätze zwischen den USA einerseits, Westeuropa und Japan andererseits, durchaus von der Natur der Dinge bedingt, sind geeignet, den politischen und den militärischen Zusammenhang zu lockern, ja im wesentlichen zu gefährden. In der Nachkriegszeit war unter den Mitgliedern des Atlantischen Paktes und in den Beziehungen zwischen den USA und Japan der Vorrang der Sicherheits- und Bündnispolitik stets umstritten; die wirtschaftlichen Gegensätze waren untergeordnet.

Das hat sich mit der Entspannungsperiode zu ändern begonnen. De Gaulle war überzeugt, daß eine gewisse Lockerung des westlichen Bündnisses ähnliche Auflösungserscheinungen im Ostblock herbeiführen müßte. In den siebziger Jahren gestaltet sich aber die Kombination von solchen Berechnungen mit den immer stärker einschneidenden wirtschaftlichen Gegensätzen innerhalb der westlichen Welt (mit Japan) in einer dramatisch werdenden Weise. Das ist geeignet, Auflösungserscheinungen nur auf der westlichen Seite zu fördern, während die Sowjetunion in ihrem Einfluß- und Wirkungsbereich mit reinem Machteinsatz jeder Entstabilisierung Herr zu werden absolut entschlossen und fähig zu sein scheint.

In diesem Zusammenhang deutet sich die Möglichkeit an, daß in Westeuropa und in Japan das amerikanische Sicherheitsengagement reduziert, ein gewisses machtpolitisches Vakuum sichtbar wird. Die Sowjetunion ist aber als einzige Supermacht in Europa unmittelbar präsent; Japan gegenüber ist sie nicht weniger als China und weitaus mehr als die USA benachbart. Ohne an Unterwerfung und Gleichschaltung zu denken, wie sie in der Nachkriegszeit des kalten Krieges und der Konfliktstrategie als vorstellbares Ziel der Sowjetunion erscheinen konnten, muß man bei der Beurteilung der Lage in den siebziger Jahren die Möglichkeit in Betracht ziehen, daß die europäischen Staaten und Japan in dem gleichen Maße immer mehr und mehr auf den Willen und auf die Wünsche der Sowjetunion Rücksicht nehmen und eingehen, indem der Sicherheitsschirm der USA für sie schwächer und die wirtschaftlichen Gegensätze gegenüber Amerika stärker werden. Eine solche Entwicklungstendenz wird ebenso ungenau wie auch dennoch beredt mit dem Schlagwort „Finnlandisierung“ ungefähr beschrieben.

Die neue Einflußstrategie der Sowjetunion stellt Europa vor neue Probleme. Moskau beginnt eine Vision, ein Zukunftsbild von Zusammenarbeit und wirtschaftlich-technischen Entwicklungen zu entfalten, mit dem sich die Westeuropäer noch lange werden auseinandersetzen müssen. Ein Modell dieser Strategie ist seit dem Besuch Leonid Bresch-

njew beim deutschen Bundeskanzler Willy Brandt in der dritten Maiwoche 1973 bekannt.

Schon im Zuge der neuen deutschen Ostpolitik des Ausgleichs und der Anerkennung des Status quo, zwischen 1969 und 1972, wurde diese Entwicklung zu sehr aus der westlichen und zu wenig aus der östlichen Perspektive der Betrachtung unterzogen. Von Moskau aus gesehen, konnte man aber darin die Umriss einer neuen russischen Westpolitik erkennen. Diese wurden sofort deutlicher, kaum daß die rein politischen Hindernisse, wie sie für die Nachkriegszeit typisch waren, applaniert werden konnten: die Wiedervereinigungsfrage, die Anerkennung der Nachkriegsgrenzen und der beiden deutschen Staaten, das Problem West-Berlin. Noch war der Grundvertrag zwischen der BRD und der DDR nicht ratifiziert, und schon konfrontierte Breschnjew die Urheber der deutschen Ostpolitik mit den eigentlichen Vorhaben der sowjetischen Westpolitik. Während noch Willy Brandt vor allem mehr Klarheit für West-Berlin schaffen wollte, war Leonid Breschnjew nur an Gesprächen über ein neues Modell der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik interessiert; ein Modell übrigens, das auch an andere westeuropäische Staaten anwendbar ist. Inhalt und Methoden dieser neuen Einflußstrategie zeichnen sich in diesen Bonner Gesprächen vom Mai 1973 ab.

Der Kernpunkt ist eine neue Perspektive und eine Zukunftsvision, eine „auf dreißig, vierzig, fünfzig Jahre“ hinaus projektierte wirtschaftliche Zusammenarbeit, vielleicht sogar Gemeinschaft von gigantischen Dimensionen; eine eines Tages unauflösliche Ehe zwischen der deutschen (oder westeuropäischen) Technik, Dynamik und Industrie mit dem russischen Großraum und seinen brachliegenden Reichtümern an Rohstoffen und Energiequellen. Breschnjews großer Entwurf dient gewiß der inneren Aufwertung des sowjetischen industriellen Potentials und der Entwicklung einer russischen Wohlstands- und Konsumgesellschaft; zugleich fördert er aber auch die Fortsetzung der bisherigen Großmachtpolitik Rußlands und ist geeignet, den sowjetischen Einfluß auf Westdeutschland und in Europa durch Verflechtung und wirtschaftliche Bindung auszudehnen. Schon durch die erste Phase der deutschen Ostpolitik und der russischen Westpolitik hat sich der sowjetische Einfluß in Europa verstärkt; aktiv war Rußland bis 1970 in Bonn nicht präsent, nach dem Abschluß der Ostverträge ist Moskau aber ein aktiver Partner der Bonner Politik und eine nicht mehr auszuschaltende Präsenz am Rhein geworden.

Die Bundesrepublik ist in einer doppelten Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten und mit der Europäischen Gemeinschaft großgeworden; in diesem Rahmen hat sie auch ihre politisch sichere Heimat gefunden. Breschnjew schlägt ihr nun eine dritte, gleichwertige, wenn auch zunächst nur wirtschaftspolitische Partnerschaft vor. Bis jetzt war aber die Wirtschaft der Bundesrepublik — zum Unterschied von der Vorkriegszeit — fast ausschließlich nach dem Westen orientiert; obwohl heute bereits der erste westliche Wirtschaftspartner der Sowjetunion, so doch nur mit 1,5 Prozent Anteil ihres gesamten Außenhandels. Im Westen werden indessen die Grenzen der außenhandelspolitischen Expansion allmählich sichtbar; das macht den Ruf aus dem Osten — Rußland, China — um so interessanter. Ein deutscher wirtschaftlicher Großstaat (ebenso wie die anderen westeuropäischen Industrieländer) ist aber nicht mit der Supermacht und mit dem wirtschaftlichen Giganten Amerika vergleichbar.

Wenn Breschnjew einen ähnlichen großen Entwurf Nixon unterbreitet und die Vereinigten Staaten auf das sowjetische Angebot eingehen, engagieren sie sich im russischen Wirtschaftsraum, ohne sich politisch in Abhängigkeit zu bege-

ben und ohne auf wirtschaftspolitische Alternativen zu verzichten. Die USA können in der Sowjetunion mehr investieren und gewinnen als Westeuropa, ohne einen bedeutenden Anteil ihres Finanz- und Wirtschaftspotentials aufs Spiel zu setzen; und die USA können gleichzeitig eine ähnliche Investitionspolitik in China betreiben, also ihren Balanceakt zwischen den beiden kommunistischen Großmächten aufrechterhalten.

Die Bundesrepublik Deutschland und die einzelnen westeuropäischen Staaten würden dagegen — sollten sie auf Breschnjews Zukunftsvision eingehen — sich kapital- und wirtschaftspolitisch mehr engagieren müssen, als die politische Unabhängigkeit auf die Dauer ertragen kann; und sie wären nicht gleichzeitig imstande, in einer ähnlichen Größenordnung auch mit China zusammenzuarbeiten und den chinesischen Bedürfnissen zu entsprechen. Hundert und mehr Milliarden Mark Investitionen binden beim ungleichen Größenverhältnis der Macht und der Bodenschätze mehr den Gläubiger als den Schuldner.

Selbst die gesellschaftspolitische Perspektive ist zu berücksichtigen. Die Sogwirkung so großer russischer Aufträge könnte den überforderten deutschen (französischen oder italienischen) Kapitalismus mittlerer Größe einer Systemänderung — in Richtung auf Staatskapitalismus — aussetzen. Mit der Zeit müßte sich — sollten westeuropäische Partner ohne Kautelen auf solche Angebote eingehen — eine politische Abhängigkeit vom ungleich größeren und eigenständigen Supermachtfaktor Rußland einstellen.

Dieses Modell einer der neuen Ära angepaßten Einfluß- und Präsenzpolitik der Sowjetunion in Westeuropa ist unverkennbar sichtbar geworden. Wie wirksam es angewendet werden kann, wird natürlich von der Einsicht und von den Reaktionen, von der Anpassung der westeuropäischen Staaten und der USA, aber auch Chinas und Japans, an die Spielregeln des beginnenden Abschnittes der Weltpolitik abhängen. Es erübrigt sich übrigens fast, besonders zu bemerken, daß die Einfluß- und Entspannungsstrategie facettenreicher ist, als soeben am Deutschland-Modell geschildert.

Die Operation „Sibirien und Energiekrise“ bietet viele Möglichkeiten nach dem alten Grundsatz „divide et impera“; Angebote und Projekte können abwechselnd und nacheinander an Deutschland, Japan, Frankreich, England und Italien gerichtet werden, im Lizitationsverfahren. An solche Möglichkeiten wird Raymond Aron gedacht haben, als er schrieb, daß von nun an „der Wille und die Entschlossenheit“ von Staaten ein Hauptelement der weltpolitischen Dynamik werden.

Überall in der Welt gibt es verschiedene geartete Situationen, die unter den Bedingungen der Einfluß- und Entspannungsstrategie „dem Willen und der Entschlossenheit“ der Großmächte einen weiten Spielraum für ihre das Gleichgewicht stets bedrohende Dynamik offenlassen. Nur auf Europa beschränkt, läßt sich das durch drei weitere Elemente illustrieren, die in sich Möglichkeiten der Entstabilisierung bergen, die jederzeit eine Weltmacht auf den Plan rufen können.

In Frankreich und in Italien gibt es innenpolitische Weichen, die eines Tages auf eine neue außenpolitische Orientierung umgestellt werden könnten. Zwei starke kommunistische Parteien befinden sich im Wartesaal der Regierungsmacht. Sie sind zwar eigenständig gewachsen und nicht willenlose Werkzeuge der sowjetischen Großmachtspolitik; ihre außenpolitische Konzeption stimmt aber mit der neuen sowjetischen Einfluß- und Entspannungsstrategie mehr als mit der bisherigen Konflikt- und Konfrontationsstrategie überein; die italienische kommunistische Partei hat in den Anfangsphasen der Annäherung zwischen den Urhebern der

deutschen Ostpolitik und Moskau sowie Ost-Berlin eine aktive Vermittlerrolle gespielt. Sollten diese Parteien an die Macht kommen, könnte die sowjetische Politik der Verflechtung mit Westeuropa schneller vorangetrieben werden.

Die zunächst und für die Zeit unserer Generation gelöste deutsche Frage trägt in langfristiger Sicht ähnliche Elemente in sich. Die Teilung in zwei souveräne, gegenseitig und allgemein anerkannte Staaten wird weder im östlichen noch im westlichen Teilbereich als historische Endlösung schlechthin empfunden und hingenommen. Die Bundesrepublik Willy Brandts sieht im realistischen Ausgleich die Ausgangsstellung für die Realisierung des historischen Ideals; das kommunistische Neupreußen prägt für sich den Begriff der „sozialistischen deutschen Nation“, schweigt sich aber über die Möglichkeit aus, die gesamtdeutsche Einheit durch die Erfüllung eines nationalen sozialistischen Inhalts wiederherzustellen. Hinter diesen nationalhistorischen Unbekannten verbirgt sich angesichts der Macht- und Größenverhältnisse von heute und morgen nach wie vor die Frage, durch die Anlehnung an welche Weltmacht die zukünftigen gesamtdeutschen Prozesse vor sich gehen werden.

Eine dritte europäische Entwicklung ist geeignet, die Weltmächte zu einer neuen Runde des Ringens um Europa herauszufordern. In der Gesellschaftsstruktur und in der Verteilung der gesellschaftspolitischen Machtverhältnisse Westeuropas sind erkennbare Veränderungen im Gange. Die alten, bürgerlichen oder kapitalistischen Führungsschichten sehen sich einer noch fragmentierten, aber ausgebildeten und selbstbewußten neuen Führungsklasse im weiteren Bereich der Staats-, Gewerkschafts- und Wirtschaftstechnokraten gegenüber. Davon, ob zwischen der alten und der neuen Klasse ein offener Machtkampf ausbrechen oder ein organischer Ausgleich stattfinden wird, könnte es abhängen, welche Chancen sich der Einflußstrategie der einen oder der anderen Weltmacht bieten könnten.

Der Katalog der potentiellen Entstabilisierungsfaktoren, der noch unbestimmt ablaufenden Entwicklungstendenzen, von denen jede in sich die Elemente einer Versuchung zur fortgesetzten und nicht ungefährlichen Rivalität der Mächte auch in der neuen Ära des Dreiecksystems in sich trägt, ist also in seiner Fülle unübersehbar.

Die Nachkriegszeit war von der bipolaren amerikanisch-sowjetischen Rivalität gekennzeichnet, aber auch von den relativ klaren Zuordnungen der weniger großen Staaten- und Machtfaktoren — also im Grunde genommen gerade deshalb relativ stabil, statisch, trotz der großen Konflikte und Krisen. Die Friedensarchitektur der Spannungen war verhältnismäßig einfach. Das neue Gravitationssystem in der Ära der drei Weltmächte und ihrer Einflußstrategie ist in Wirklichkeit dynamischer, dem ständigen Wechsel der Verhältnisse und der Vervielfältigung von Beziehungen unterworfen, und somit komplizierter. Es besteht die Gefahr, die Europäer könnten die ersten sein, die das Tückische des neuen Systems entdecken werden. Gegen das Ende der Nachkriegszeit hatten sie es sich angewöhnt, über die doppelte sowjetisch-amerikanische Vorherrschaft zu klagen; die neue Ära ist geeignet, ihnen bald ins Bewußtsein zu bringen, daß von nun an die Hauptgefahr für Westeuropa in der Aussicht besteht, ohne Schutzmacht und ohne eigenständige Macht zugleich zu bleiben.

Denn — um diese Beurteilung der Lage im ersten Drittel der siebziger Jahre mit Raymond Aron zu schließen — „gleich, ob man es kalter Krieg oder Entspannung nennt, die historische Kraftprobe des Willens und der Entschlossenheit setzt sich fort, und das, was auf dem Spiel steht, wird morgen nicht geringer sein, als es gestern war*“.

*) Das Manuskript dieses Aufsatzes wurde am 31. Mai 1973 fertiggestellt.